

# Resolution des KAB Diözesanausschusses zum schnelleren Ausstieg aus der Braunkohle

**Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) der Diözese Aachen sagt Nein zur längerfristigen thermischen Nutzung der Braunkohle und Ja zur nachhaltigen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung**

## **1. Die KAB sagt Ja zu einer generationsübergreifenden Gerechtigkeit und Solidarität**

Die seit Jahren andauernden Proteste um den Hambacher Forst und Garzweiler II, die Forderungen der „Fridays for Future“ Demonstrationen und anderer Initiativen und Bewegungen fordern unsere Gesellschaft heraus, sich mit der Umweltzerstörung und der sozialen Ungerechtigkeit kritisch auseinanderzusetzen.

Grundsätzlich hat jeder Mensch Verantwortung nicht nur für sein eigenes Leben, sondern auch das Über-Leben der Menschheit und der Natur! Dazu gehört auch gesellschaftlich und individuell eine Antwort auf die Frage zu geben:

*Welche Erde wollen wir unseren Kindern und Enkeln überlassen?*

Jeder Mensch muss kritisch seinen Lebensstil reflektieren und nach seinen Möglichkeiten an der Veränderung desselben arbeiten. Den nahezu blinden Glauben an Fortschritt und ungebremstem Wachstum hat auch die Veröffentlichung des Club of Rome 1972 „Die Grenzen des Wachstums“ kaum erschüttert!

Die Schlussfolgerung der Studie: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“ wurde in Politik, Gesellschaft und Kirche nicht wirklich ernst genommen! Dies gilt auch für die Vorgaben aus dem Jahr 2015, die mit dem Pariser Klimagipfel und der New Yorker "Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung" formuliert wurden.

## **2. Die KAB sagt Ja zu schnellen Veränderungen**

Die KAB spricht sich für einen schnelleren Ausstieg aus der Braunkohle aus, als von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (Kohlekommission genannt) vorgeschlagen. **Der Ausstiegszeitpunkt 2038 ist zu spät.** RWE, Landes- und Bundesregierung haben die Möglichkeit, heute deutlichere Zeichen für einen früheren Ausstieg zu setzen. Dazu gehört die definitive Zusage, die Reste des Hambacher Forstes nicht zu roden und Garzweiler II massiv zu verkleinern.



ViSdP

KAB der Diözese Aachen | Martinstraße 6 | 52062 Aachen

Andris Gulbins | geschäftsführender Diözesansekretär | kontakt@kab-aachen.de

Unser Engagement leitet sich auch aus den Erfahrungen unserer Partner aus der entwicklungspolitischen Arbeit ab. Dort führen die Auswirkungen des Klimawandels zu dramatischen Folgen für die Landwirtschaft und die gesamten Volkswirtschaften.

Die KAB unterstützt zivilgesellschaftliche Gruppen, wie z. B. „Buirer für Buir“ und „Alle Dörfer bleiben“ in ihrem gesellschaftspolitischen Engagement. Mit Papst Franziskus ist die KAB der Meinung, dass das Aufbegehren gegen Ungerechtigkeiten die stärkste politische Kraft der Menschen ist. An sehr vielen Stellen wird auch heute diese kämpferische Kraft sichtbar. Sie ist nötiger denn je!

Die KAB beklagt die Schwächen der (Erz-)Bischöfe von Aachen und Köln. Sie haben die Chance verpasst, zusammen mit der evangelischen Kirche, den Ausstiegsprozess aus der Braunkohle in den betroffenen Regionen zu moderieren und für einen schnelleren Ausstieg beizutragen. Das Lehrschreiben von Papst Franziskus „Laudato si“ hätte als spirituelle Grundlage für diesen Moderationsprozess dienen können.

Das „Ja“ zu einem schnelleren Braunkohleausstieg ist eine Einladung an die Beschäftigten von RWE und deren Angehörige sowie die Menschen im Rheinischen Revier, sich aktiv mit ihren Kompetenzen im Prozess des Strukturwandels einzubringen.

### 3. Die KAB fordert

Zivilgesellschaftliche Gruppen, RWE und ihre Beschäftigten, die Kirchen, Wissenschaft und Politik müssen gemeinsam und vernetzt am Strukturwandel arbeiten. Angesichts der Zerstörung von Mensch und Natur muss jetzt eine „ökologisch-soziale Transformation“ erfolgen. Die ungebremste Wachstumsideologie muss von einer „ganzheitlichen Ökonomie und Ökologie“ abgelöst werden, die das Ganze in den Blick nimmt: Umwelt, Wirtschaft, Soziales, Bildung und Kultur. Dem nachhaltigen und sozialen Lebensstil gehört die Zukunft!

Wir benötigen jetzt eine ökologische, nachhaltige und sozial gerechte Weiterentwicklung der hiesigen Region. Stichworte hierfür sind:

- Unsere Region braucht **Planungs- und Entwicklungssicherheit**. Die Landesregierung und der Energieversorger RWE-Power müssen jetzt auf Grundlage ökologischer und sozialer Kriterien entscheiden, wo noch wieviel Kohle abgebaut wird und in welcher zeitlichen Folge die Tagebaue, weit vor 2038, auslaufen. Planungssicherheit heißt auch, dass öffentlich dargelegt wird, welcher Tagebau wann beendet wird, welche Kraftwerke nach und nach in welcher Reihenfolge abgeschaltet werden, wie rekultiviert wird, wo Restseen angelegt werden und wie die Strukturmaßnahmen aussehen werden.



ViSdP

KAB der Diözese Aachen | Martinstraße 6 | 52062 Aachen

Andris Gulbins | geschäftsführender Diözesansekretär | kontakt@kab-aachen.de

- Auf der Basis belastbarer Planungen muss jetzt gemeinsam begonnen werden, einen **nachhaltigen Strukturwandel** in die Wege zu leiten.
- Dem Abbau der derzeitigen Arbeitsplätze im Tagebau und der Stromversorgung steht der **Aufbau von Arbeitsplätzen** zur schonenden Schließung der Tagebaue und einer zeitgemäßen Rekultivierung gegenüber.
- **Die Ressourcen des RWE-Konzerns** sind zur Neuorientierung von Produkten und Dienstleistungen sowie zur Entwicklung neuer Formen regenerativer Energiegewinnung und zur Schaffung neuer, zukunftsfähiger und guter Arbeitsplätze zu nutzen.
- Für die derzeit im Tagebau Beschäftigten gilt es Perspektiven und Maßnahmen zu entwickeln, so dass für diese eine sozial verträgliche Zukunft gesichert ist.  
Dies schließt eine Weiterbeschäftigung durch Umqualifizierung ein. Zulieferbetriebe müssen die Chance erhalten, sich am Markt neu zu orientieren.
- Die Entwicklung einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft sowie der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten sollen im Fokus stehen, insbesondere hinsichtlich eines gemeinwohl-orientierten Wirtschaftens.
- Die **ökologische Rekultivierung der Tagebauflächen** braucht Zeit. Eine lokale Strategie unter Beteiligung der Menschen vor Ort, kleinteilige Investitionen und menschliche Arbeitskraft sind nötig.
- Bei der Herrichtung von Bergbaufolgelandschaften gilt es vielgestaltige und vielfältige Naturräume zu schaffen, die einen wesentlichen Beitrag für biologische Vielfalt und damit für eine stabile Umwelt leisten können. Neben forst- und landwirtschaftlichen Aspekten müssen auch Naturräume entwickelt werden, die die Verluste an biologischer Vielfalt, wie zum Beispiel im Hambacher Forst, zumindest teilweise kompensieren.

Verabschiedet beim KAB Diözesanausschuss am

14. September 2019 in Herzogenrath-Pannesheide